

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



Bilanz Legislatur-Halbzeit

Acht freisinnige Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre im Bundeshaus zurück. Welche Erwartungen haben sich erfüllt, was hat sie überrascht und was haben sie bis 2023 noch vor? Die Video-Interviews in voller Länge sind auf der Website der FDP zu sehen.
Seiten 8 und 9

Jungfreisinnige ergreifen das Referendum

Die Jungfreisinnigen haben an ihrem Kongress in Locarno beschlossen, das Referendum gegen die sogenannte Lex Netflix zu ergreifen. Zusammen mit den Jungparteien von SVP und GLP wehren sich die Jungfreisinnigen gegen diese Gesetzesrevision, die völlig an den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten vorbeigeht. Die Referendumsfrist läuft bis am 20. Januar 2022 und Unterschriftenbögen gibt es auf www.jungfreisinnige.ch
Seite 14

Innovative Unternehmen

Suisse Frame stellt im Tessin Schiebeelemente für Fensterrahmen her. Der Betrieb mit elf Mitarbeitern ist stark automatisiert und beliefert Kunden in der ganzen Schweiz und im Ausland. Unter CEO Matteo Paolucci ist Suisse Frame stark gewachsen. Der Unternehmer sieht aber noch viel Potenzial für die junge Firma.
Seite 20



Ja zum Covid-19-Gesetz
 Fraktionspräsident und Nationalrat Beat Walti zeigt auf, welche Vorteile ein Ja hat. **Seite 17**



Klare Parolen gefasst

Delegiertenversammlung in Wolfwil

120 Delegierte versammelten sich in der Mehrzweckhalle Wolfwil, um die Parolen für die Abstimmungen vom 28. November zu fassen und den Freisinn so richtig zu leben. Denn «Woufu» gilt als eine der FDP-Hochburgen im Kanton.

Kantonalpräsident Stefan Nünlist eröffnete die Solothurner Delegiertenversammlung (DV) mit einem musikalischen Auftakt der Brassband Harmonie Wolfwil. Kantonsrat Georg Lindemann begrüßte die Anwesenden in seiner Funktion als Gemeindepräsident und ermunterte die Freisinnigen, doch bitte eifrig zu konsumieren, «schliesslich braucht unsere Parteikasse jeden Zustupf». Der erste Teil des Abends stand im Zeichen der Volksabstimmungen vom 28. November 2021.

Eindeutiges NEIN zur Pflegeinitiative

Kantonsrätin Barbara Leibundgut (Bettlach) präsentierte die wichtigsten Punkte der Pflegeinitiative und erläuterte auch den Unterschied zum indirekten Gegenvorschlag. Für die FDP ist klar, dass Handlungsbedarf besteht und dass mehr Menschen in der Pflege ausgebildet werden müssen. Der indirekte Gegenvorschlag wäre bereits eine Umsetzung der Initiative, die notwendigen Verbesserun-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–7 Solothurner Freisinn
- 8/9 Acht Neugewählte ziehen Bilanz zur Legislatur-Halbzeit
- 10/11 Interview mit dem neuen Präsidenten Thierry Burkart
- 13 FDP Frauen kämpfen weiter für die Individualbesteuerung
- 14 Jungfreisinnige lancieren Referendum
- 15 Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat
- 16 Vorschau auf die Wintersession
- 17 Beat Walti kämpft für das Covid-19-Gesetz
- 18 Gegenvorschlag schlägt Pflegeinitiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Suisse Frame
- 21 Gastbeitrag von Laura Bircher
- 23 Vermischtes



**Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!**



Den liberalen Aufbruch wagen Gemeinsam kämpfen wir für eine freisinnige Schweiz

Liebe Freisinnige

Seit meiner Wahl zum Präsidenten der FDP Schweiz haben mich zahlreiche Glückwünsche und positive Nachrichten erreicht. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinem Team die FDP in die Zukunft zu führen. Auf uns wartet eine herausfordernde Aufgabe, doch wir sind überzeugt: Die Schweiz braucht einen kompetenten, einen konstruktiven, einen starken Freisinn – heute mehr denn je! Wir wollen das liberale Feuer neu entfachen und unsere Vision einer freisinnigen Gesellschaft, einer freisinnigen Wirtschaft und eines freisinnigen Staates verteidigen.

Ja zum Covid-Gesetz

Durch die Corona-Pandemie wurden viele Freiheiten eingeschränkt. Mit der Impfung verfügen wir mittlerweile über ein wirksames Instrument zur Überwindung der Krise. Bis die Impfquote hoch genug ist, hilft das Covid-Zertifikat erneute Schliessungen zu verhindern. Die FDP hat sich deshalb klar für ein Ja zum Covid-Gesetz am 28. November ausgesprochen.

Unser Rechtssystem ist ein zentraler Pfeiler des Staates. Die Justizinitiative will das bewährte System auf den Kopf stellen und Bundesrichter im Losverfahren bestimmen. Die FDP lehnt diese Initiative ab, weil unsere Justiz keine Lotterie ist und die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter keineswegs gefährdet ist.

Die Pflegeinitiative nimmt hingegen ein begründetes Anliegen auf, sie geht allerdings zu weit. Die FDP unterstützt deshalb den Gegenvorschlag, der die meisten Elemente der Initiative aufnimmt und

bei einem Nein automatisch in Kraft tritt. Mehr zu den Abstimmungen vom 28. November lesen Sie auf den Seiten 17, 18 und 19.

Zwei starke Initiativen

Meine Vizes und ich wollen auch die Zukunft der Schweiz mit liberalen Lösungen gestalten. Gute Beispiele sind die Renteninitiative und die Initiative für die Individualbesteuerung der FDP Frauen. Beide Volksbegehren stehen für freisinnige Grundprinzipien: die Renteninitiative für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und damit solide Finanzierung unserer Altersvorsorge und die Individualbesteuerungsinitiative für die freie Lebensgestaltung, ohne staatliche Benachteiligung.

Es braucht alle Freisinnige

Mein Team und ich sind motiviert und überzeugt, hervorragend miteinander zu funktionieren. Selbstverständlich gehören aber alle Mandatsträgerinnen und -träger und liberal engagierten Personen über alle Stufen – vom Parteivorstand über die Fraktion und die Kantonalparteien bis hin in die Ortsparteien – zum Team FDP. Wir sind auf jede und jeden Einzelnen von Ihnen angewiesen, wenn sich das liberale Feuer, das in uns brennt, weiter ausbreiten soll – in den Städten, auf dem Land, in allen Teilen der Gesellschaft, in sämtlichen Sprachregionen. Lasst uns gemeinsam den liberalen Aufbruch wagen!

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortsetzung von Seite 1

gen könnten bei einem Nein rascher umgesetzt werden. Die FDP lehnt die Pflegeinitiative unter anderem ab, weil sie die Kompetenzen des Bundes überschreitet und zu noch höheren Gesundheitskosten führt.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage mit 3 Enthaltungen die «NEIN»-Parole.

NEIN zur Justiz-Initiative

Initiator Adrian Gasser kam persönlich, um seine Argumente für die Justiz-Initiative darzulegen. Er betonte, dass die Bundesrichter unter ständigem Druck stehen würden, um den Rückhalt ihrer Partei nicht zu verlieren. So erwähnte er auch einige Beispiele von Richtern, welche die Partei gewechselt haben, um wieder gewählt zu werden. Er ortet ein Problem darin, dass eine Parteizugehörigkeit Voraussetzung ist für die Wahl zum/r Bundesrichter/in ist. Viele gut ausgebildete Anwältinnen hätten so keine Chance auf ein Amt als Bundesrichterin, da sie keiner Partei angehören würden. Das müsse ändern, meinte Gasser weiter.

Kurt Fluri, FDP-Nationalrat, erläuterte die geplanten Verfassungsänderungen im Detail. Aus seiner Sicht ist die richterliche Unabhängigkeit in der Schweiz nicht gefährdet. Würden die Bundesrichter/innen per Los statt vom Parlament gewählt, würden sie ihre demokratische Legimitation verlieren. Das Losverfahren widerspricht der Tradition der Schweiz und wäre ein Fremdkörper in der Gesetzgebung. Das Los würde eine Auswahl nach Qualität verhindern. Die Initiative löst damit keine Probleme, sondern verlagert die Auswahl auf die Exekutive (Bundesrat/Fachkommission).

Zu dieser Abstimmungsvorlage fassten die Delegierten die klare «NEIN»-Parole mit 104 Nein- zu 2 Ja-Stimmen, dies bei 4 Enthaltungen.

JA zum Covid-19-Gesetz

Kantonsrat Daniel Probst (Olten) präsentierte die Argumente zum Covid-19-Gesetz. Er betont, dass das Zertifikat helfe, Freiheit zurückzugewinnen. Die Nützlichkeit und die Wichtigkeit des Zertifikates seien unbestritten und verhinderten weitere Lockdowns. Mit dem Covid-19 Gesetz müssten Personen mit einem 3G-Status nicht mehr in Quarantäne gehen. Aus diesen Gründen empfiehlt er, dem Covid-19-Gesetz zuzustimmen.

Stefan Liechti (alt Kantonsrat, Luterbach) betonte, dass die beste Lösung zur Bekämpfung dieser Pandemie nicht die schnellste ist. Er wünschte sich eine faire Lösung, auch für diejenigen, welche sich nicht impfen lassen könnten oder wollten.



Nationalrat Kurt Fluri stellt die Argumente gegen die Justiz-Initiative vor.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «JA»-Parole mit 96 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

FDP 2025 und Verschiedenes

Die Arbeitsgruppe 2025 arbeitete an der Neupositionierung der Kantonalpartei. Die Resultate werden nun im Parteivorstand diskutiert und an der ersten DV im Januar thematisiert.

Regierungsrätin auf dem heissen Stuhl

CVP-Regierungsrätin Sandra Kolly freute sich, zurück in Wolfwil zu sein, wo sie vor 80 Tagen die 1. August Rede gehalten hatte. Die frisch gewählte Regierungsrätin erzählte fröhlich von ihrer neuen Aufgabe. In der ersten Woche nach Amtsantritt besuchte sie bereits alle 9 Ämter, die zu «ihrem» Departement gehören. So konnte sie sich schnell einarbeiten und bereits die ersten Verfügungen unterzeichnen. Sie beschreibt sich als engagierte Kämpferin im politischen Betrieb. Ihre Erfahrung aus dem Parlaments- und Politbetrieb - nach 12 Jahren

im Kantonsrat - verhalf ihr zu einem guten Start. Ungewohnt war für sie als Regierungsrätin, dass sie nun bei Abstimmungen eine neutrale Rolle einnehmen muss.

Auf dem heissen Stuhl durfte sie sich einigen Fragen aus dem Publikum stellen. So erfuhr das Publikum, dass sie ihre Freizeit gerne im Neuendörfer Wald beim Nordic Walking verbringe und mit Peter Hodel die Leidenschaft zum Essen teilt. Pünktlich um 21:30 h schloss die kantonale Delegiertenversammlung und gab so den Freisinnigen noch Zeit, ein Gläschen zu geniessen und sich auszutauschen.

Ein ganz grosses Merci geht an die Ortspartei Wolfwil unter der Führung von Joel Wenger, die der Delegiertenversammlung einen würdigen Rahmen geboten hat.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn



Kantonsrätin Barbara Leibundgut stellt die Pflegeinitiative vor.



Kantonsrat Georg Lindemann begrüsst in Wolfwil.



Regierungsrätin Sandra Kolly auf dem heissen Stuhl.



Parteipräsident Stefan Nünlist.

Stefan Nünlist, Olten



Freisinn und Nachhaltigkeit

Präsidentale Gedanken

Nachhaltigkeit ist zum Gradmesser für Glaubwürdigkeit und Akzeptanz geworden. Jedes Unternehmen, jede politische Bewegung und das Gemeinwesen nehmen für sich in Anspruch, nachhaltig zu sein. Aber was heisst denn eigentlich nachhaltig? Und wie halten wir es als Freisinnige mit der Nachhaltigkeit?

Begriff der Nachhaltigkeit

Die Wurzeln des Begriffs reichen in die Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts. In Zeiten einer Energiekrise und grosser Holznot mahnte der deutsche Forstbeamte Hans Carl von Carlowitz, mit der Natur und ihren Rohstoffen respektvoll und «pflegerisch» umzugehen und nicht mehr Holz zu schlagen als eben nachwächst.

Ab den 1980er-Jahren bekam der Begriff Nachhaltigkeit unter dem Einfluss der UNO-Kommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) und dem Club of Rome eine politische Bedeutung. Der Begriff Nachhaltigkeit oder «Enkeltauglichkeit» definiert seither eine dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz.

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit umfasst stets drei Säulen: Ökologisch nachhaltig ist eine Lebensweise, die keinen Raubbau an der Natur übt und die natürlichen Lebensgrundlagen nur in dem Masse beansprucht, wie sich diese regenerieren kann. Ökonomisch nachhaltig ist eine Gesellschaft, die wirtschaftlich nicht über ihre Verhältnisse und damit auf Kosten der nachkommenden Generationen lebt, sondern in Bildung, Infrastruktur und Zukunft investiert. In einer sozial nachhaltigen Gesellschaft halten sich soziale Spannungen in Grenzen, niemand wird zurückgelassen, und Konflikte eskalieren nicht, sondern werden auf friedlichem Wege ausgetragen.

Ökologische, ökonomische und soziale Dauerhaftigkeit stehen miteinander in Wechselwirkung und müssen immer im Gleichgewicht behalten

werden. So denkt und handelt zum Beispiel nicht nachhaltig, wer wie die Linke in unserem Land mit Maximalforderungen einseitig die Ökologie stärken will und dabei die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staatsfinanzen ausser Acht lässt. Spätestens an der Urne scheitern solche Unterfangen.

Staatstragender Freisinn

Mit Polarisierung und Maximalforderungen gewinnt man mediale Aufmerksamkeit und kurzfristig Wählerstimmen, aber das Land bringt man damit nicht weiter. Wollen wir weiterkommen, so braucht es mehrheitsfähige Lösungen, welche unserer Umwelt, unserem wirtschaftlichen Wohlergehen und dem sozialen Zusammenhalt gleichzeitig Rechnung tragen.

Genau für das steht der Freisinn! Seit über 170 Jahren verfügen wir und speziell wir Solothurner Freisinnigen über diese Kompetenz. Unsere Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt dienen dazu, den Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu finden. Und wenn wir den Freisinn als «staatstragend» bezeichnen, so meinen wir damit unsere Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, Herausforderungen anzupacken, verschiedene Zielsetzungen gegeneinander abzuwägen und ausgewogene, eben nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Das gelingt uns manchmal mehr oder weniger gut. Künftig dürfen wir dabei ruhig aktiver, mutiger und klarer sein. Unsere Sorge gilt unseren Arbeitsplätzen, unserer Umwelt, unserer Sicherheit, dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und einem langfristig gesunden, leistungsfähigen Gemeinwesen.

Kantonale Initiative

Ein gutes Beispiel dafür ist unsere 1:85-Initiative, welche Anfang November lanciert wurde. Wenn der Staat viel rascher wächst als die Bevölkerung oder die Wirtschaft, so ist es wichtig und richtig, das Thema anzugehen. Wenn von 2010 bis 2019 der Stellenetat unseres Kantons von 2864 auf 3344 Stellen mehr als doppelt so schnell wächst wie die Bevölkerung, so ist das weder gesund noch begründet. Als der Nachhaltigkeit verpflichtete Partei ist es unsere Aufgabe, aufzustehen und die politischen Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen. Denn wer, wenn nicht der Freisinn, setzt sich für einen wirklich nachhaltigen Staat ein?

Stefan Nünlist
Kantonsrat und Parteipräsident

Karin Büttler-Spielmann, Susanne Vincenz-Stauffacher und Karin Oertlin im Attisholz Areal (von links).



Sommeranlass im Attisholzareal

Treffen der FDP Frauen

Mitte September trafen sich die FDP Frauen des Kantons Solothurn zu einem Informationsanlass über die Volksinitiative zur Individualbesteuerung im Attisholz-Areal.

Nach einer informativen kurzen Vorstellung des Areals Attisholz nahm Harri Kunz die Frauengruppe mit auf einen Rundgang. Mit spannenden Geschichten zum Areal und zu den Gebäuden bot er einen eindrücklichen Einblick in dieses Industriedenkmal.

Individualbesteuerung als Schwerpunkt

Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher aus Abtwil übernahm dann die Bühne im Kesselhaus, um den politisch interessierten Frauen die eidgenössische Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» näherzubringen. Die Zeit für eine gerechte Besteuerung ist überfällig. Die Individualbesteuerung ist eine gerechtere Form der Besteuerung, sie würde die Heiratsstrafe beseitigen, die Gleichstellung aller Lebensmodelle vorantreiben und Chancengleichheit schaffen. Mit viel Enthusiasmus und Herzblut hat sie die von den FDP Frauen initiierte Initiative vertreten. Das Resultat der Parolenfassung erstaunte nicht; die FDP Frauen

Kanton Solothurn stehen hinter der Initiative. Das Co-Präsidium der FDP Frauen Kanton Solothurn mit Karin Büttler-Spielmann und Karin Oertlin hatte anschliessend die Möglichkeit, Susanne Vincenz-Stauffacher persönliche Fragen zu stellen und mehr über ihr politisches Engagement zu erfahren.

Zum Abschluss krönte ein Apéro riche den Abend. Viele angeregte Diskussionen blieben in den Köpfen haften und begleiteten die Teilnehmerinnen zurück nach Hause.

Der nächste Anlass der FDP Frauen findet am 3. Dezember 2021 in Egerkingen statt. Weitere Informationen sind auf der Website (www.fdp-so.ch) unter Agenda zu finden.

Iris Kofmel

Sekretariat FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Individualbesteuerung - Sammeln Sie mit!

Die FDP Frauen des Kantons Solothurn unterstützen die FDP Frauen Schweiz bei der Unterschriftensammlung. Helfen auch Sie mit und bestellen Sie Unterschriftenbogen auf dem Sekretariat (info@fdp-so.ch).

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn unterstützt die Initiative weil...

...sie Gerechtigkeit schafft. Die Besteuerung soll nicht an den Zivilstand geknüpft werden. So werden alle Personen gleich besteuert.

...Die Heiratsstrafe Konkubinatspartner und Eheleute anders behandelt.

...sie alle Arten von Lebensmodellen gerecht wird. Der Staat soll auch bei seinem Steuersystem die Gleichstellung aller Arten des Zusammenlebens berücksichtigen.

...sie Chancengleichheit schafft. Insbesondere gut ausgebildete, verheiratete Frauen werden mit dem aktuellen Steuersystem vom Arbeitsmarkt abgehalten. Die Individualbesteuerung setzt die richtigen steuerlichen Erwerbsanreize.

Weitere Informationen zur Initiative finden Sie auf www.individualbesteuerung.ch.

Mitregieren heisst auch Mitverantwortung

Kolumne

Bundesrat Ignazio Cassis hat es vor den freisinnigen Delegierten in Freiburg auf den Punkt gebracht: «Die meisten Länder der Welt haben zu wenige Impfstoffe, und wir leisten uns den Luxus, zu wenige Impfwillige zu haben.» Cassis stellte zu dieser «exquisiten Rarität» im globalen Vergleich die Fragen, ob wir die Bodenhaftung, die Orientierung verloren hätten, ob die persönliche Selbstverwirklichung höher gewichtet werde als die Selbstsicherheit, ob wir keinen Gemeinsinn hätten und uns der Wohlstand so verwöhnt habe. Solchen Klartext wünschte man sich auch von den übrigen Mitgliedern der Landesregierung. Doch der Hauptverantwortliche der Gesundheitspolitik, Alain Berset, gebärdet sich vornehmlich als Zögerer und zollt sogar denjenigen seinen Respekt, die sich aus Überzeugung weigern, sich impfen zu lassen. Das kann er durchaus in seinen persönlichen Gedanken, nicht aber als Sprecher der Regierung in einer schwierigen Situation. Oder Bundesrat Ueli Maurer lässt sich von den Freiheitstrychlern vorführen und feiern. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» bezeichnet ihn deshalb als «Querdenker» der Regierung und meint, andernorts hätte sein Verhalten zum Rücktritt geführt.

Andernorts werden äusserst schwierige Probleme zur Chefsache erklärt, womit sich dazu nur noch der Regierungschef oder die Regierungschefin zu äussern hat. Dieses System kennen wir nicht. Unbedingt nötig jedoch wäre gewesen oder wäre es immer noch, dass der Bundesrat in Sachen Corona mit einer Stimme spricht und nicht jedes Mitglied vornehmlich in den Sonntagszeitungen sich damit zu profilieren versucht, was am nächsten Mittwoch in der Bundesratssitzung auch noch diskutiert werden könnte.

Mit seiner Sympathiekundgebung für die Freiheitstrychler wollte Maurer zweifellos auch markieren, dass er immer noch zur SVP gehört, wie er auch deren Nein-Parole zum Covid-Gesetz als Ausdruck «politischer Balance» wertet. Es besteht auch kein Zweifel darüber, dass die beiden SVP-Bundesräte der Beerdigung des EU-Rahmenabkommens zugestimmt haben. Aber damit haben sie der Partei gleichzeitig einen Bärendienst erwiesen. Eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen über das Rahmenabkommen bis 2023 hätte ihnen bei den Wahlen



sicherlich mehr genützt. Zudem hat sich die ganze Ausländerproblematik, wenn auch auf hohem Niveau, stabilisiert. Was bleibt denn da noch für die SVP übrig? Fündig geworden ist sie und vor allem ihr Fraktionschef im Nationalrat, Thomas Aeschi, bei der Pandemiebekämpfung. Alles, was die Regierung und das Parlament beschliessen, wird rundweg abgelehnt. Von der Spaltung der Gesellschaft ist die Rede. Fragt sich nur, wer denn wen spaltet? Die SVP will mit ihrem Oppositionskurs in Sachen Pandemie Freiheit wiederherstellen. Aber im Studium des Liberalismus scheint sie nicht sehr weit gekommen zu sein. «Die Freiheit des Einzelnen hört dort auf, wo die Freiheit des andern beginnt», soll schon Immanuel Kant gesagt haben. Gäbe es derzeit ein anschaulicheres Beispiel als die Corona-Pandemie mit ihren vielen auch unnötigen Opfern, um die Richtigkeit dieser These zu belegen?

Mitregieren heisst auch Mitverantwortung tragen. Das gilt nicht nur für die Mitglieder einer Regierung, sondern auch für eine Regierungspartei. Wir hätten im Gegensatz zu so vielen anderen Ländern alles in der Hand, um die ganze Bevölkerung gegen das Virus zu schützen und diese Krise innert Wochen weitgehend zu beenden, erklärte in Freiburg Bundesrat Cassis. Aber die SVP schaltet stur auf Opposition und stimmt ein in den Chor derjenigen, welche die Gefährlichkeit des Virus nicht wahrhaben, verdrängen oder bagatellisieren wollen.

Ist die SVP mit ihrer Opposition, um nicht zu sagen Obstruktion in Sachen Pandemiebekämpfung als Regierungspartei noch tragbar? Diese Frage zu diskutieren, wäre jedenfalls wichtiger, als mit einem

AGENDA

Donnerstag, 25. November 2021

17:30 Uhr: SUPPORTER CLUB: Jahresanlass mit Gastreferent Simon Michel, CEO der Ypsomed Holding (Couronne, Solothurn)

Sonntag, 28. November 2021

Eidgenössische Abstimmung

Freitag, 3. Dezember

Vorweihnächtlicher Anlass der FDP Frauen (Egerkingen)

Donnerstag, 16. Dezember

18:00 Uhr: Schlussitzung Parteivorstand (Gasthof von Arx, Egerkingen)

Montag, 17. Januar 2022

19:00 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Schützi Olten)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel in den Orts-/Amteiparteien

Hubersdorf

Ansprechperson: Martin Kurth

Niedergösgen

Michel Flaig (neu) für Markus Hunziker

Schnottwil

Jürg Willi (neu) für Stefan Ehrler

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten/-innen herzlich für ihren Einsatz und wünsche den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Wahlbarometer zur Halbzeit der Legislaturperiode schon jetzt mit Kommastellen vermeintlich Sitzansprüche zur angeblich gerechtfertigten Vertretung im Bundesrat zu berechnen.

Auch für die SVP gilt, was der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck geschrieben hat: «Das Virus hat viele Probleme lediglich radikalisiert, die sich schon vor seiner Ankunft gestellt haben.» Recht hat er.

Urs Marti, Langendorf



Filme auf Kosten der Jungen?

Referendum LexNetflix

LexNetflix?

Das Parlament hat beschlossen, dass künftig alle Streaming-Anbieter wie Netflix, Amazon oder Disney+ sowie private TV-Sender wie Sat1 oder 3+ mindestens 4% ihres Bruttoumsatzes in die Schweizer Filmindustrie investieren oder sonst eine staatliche Zwangsabgabe leisten müssen. Zusätzlich will das Parlament, dass genannte Dienstleister mindestens 30% ihres Angebotes mit europäischen Produktionen ausgestalten müssen. Wer diese zusätzlichen Ausgaben bezahlen muss, ist klar: die Konsumenten. In diesem Fall die jungen Generationen – einmal mehr.

Bestehende Filmförderung

Sind die Jungen aber gegen die Schweizer Filmförderung, nur weil wir diese Gesetzesänderung ablehnen? Ist staatliche Förderung von Kunst und Kultur zwangsläufig illiberal? Nein. Auch ein Liberaler kann seinen Werten folgend für die staatliche Förderung der Schweizer Filme eintreten. Bereits

heute wird allerdings gefördert: Die staatliche Filmförderung über die Steuern sowie die Serafe-Zwangsabgabe schaffen bereits eine starke staatliche Abhängigkeit der Schweizer Filmproduktion.

Junge bezahlen die Rechnung

Heute findet bei Fernsehen und Unterhaltung eine Umverteilung von Jung zu Alt statt. Die Serafe-Zwangsabgabe ist unabhängig vom Konsum der Angebote zu entrichten. Da die jüngeren Generationen selten zu den Konsumenten der SRG-Angebote zählen, wird ein Grossteil der Abgabe umverteilt. Die Besteuerung von Streaming-Anbietern wie bspw. Netflix verstärkt diese Umverteilung noch zusätzlich. Das ist ungerecht.

Ist Zwangskonsum sinnvoll?

Mit der LexNetflix erfolgt nebst Steuern und Serafe eine Dreifachbelastung für die Jungen zugunsten der Schweizer Filmförderung. Streaming-Anbieter werden gezwungen, entgegen den Anreizen des

Marktes in Produktionen zu investieren, für die es kaum eine Nachfrage unter deren Konsumenten gibt. Bezahlen für diese Partikularinteressen müssen letztlich wieder einmal die Jungen mit dieser «Netflix-Steuer». Mehr europäische Produktionen werden dadurch aber nicht konsumiert.

Illiberal, unvernünftig, unfair

Diese Vorlage ist weder liberal noch fair den jungen Generationen gegenüber. Unterhaltungsinteressen eines Teils der Gesellschaft dürfen nicht nur von den Schultern der Jungen getragen werden. Es kann weder im Interesse des Freisinns, noch der Kulturschaffenden sein, wenn man die Schweizer Filmproduktion immer weiter in die Abhängigkeit von Staatsgeldern treibt. Unterschreibt daher bitte unser Referendum (www.filmsteuer-nein.ch/#formular).

Philipp Eng

Präsident Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Die neuen ziehen Bilanz

Rückblick auf zwei intensive Jahre

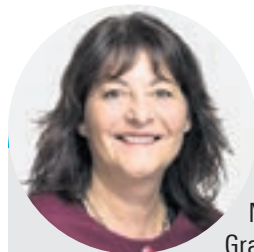
Acht FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu in den National- und Ständerat gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre in Bundesbern zurück. Sie sprechen über ihre Erwartungen, was sie im Parlament überrascht hat und wofür sie in den nächsten zwei Jahren kämpfen wollen.



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin, St. Gallen

«Der erste Tag der Legislatur war bei mir ein bisschen wie der erste Schultag. Ich war gespannt, hatte Erwartungen, aber natürlich auch eine gewisse Unsicherheit. Aus dem Kantonsrat war ich mir das Politisieren in einer Legislative gewohnt, war aber gespannt, wie sich das auf Bundesebene anfühlt. Mittlerweile weiss ich, wie faszinierend die Aufgabe ist. Man kann etwas bewirken, wenn man sich in die Dossiers einliest. Im Kantonsparlament dauerte die Session drei Tage, in Bern sind es drei Wochen. Dazu kommt das Zweikammersystem, das auch taktisch genutzt werden kann. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig Gespräche hinter den Kulissen sind.

Es freut mich auch, dass ich in der UREK-N mitarbeiten darf. Neben den Umweltthemen liegen mir aktuell besonders auch die AHV-Revision und die BVG-Revision am Herzen. Ich finde es wichtig, dass gerade wir bürgerlichen Frauen hierbei für unsere Ideale hinstehen und ein Gegengewicht zur linken Abwehr- und Anspruchshaltung bilden. In der zweiten Legislaturhälfte will ich mich zudem dafür einsetzen, dass wir die Energiewende mit Massnahmen erreichen, die uns Freisinnigen entsprechen. Neben dem Parlamentsbetrieb ist es die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, die wir FDP Frauen lanciert haben. Hier braucht es noch viel Einsatz, um diese Volksinitiative ins Tor zu tragen. Aber ich freue mich darauf, auf der Strasse mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.»



Anna Giacometti
Nationalrätin,
Graubünden

«Da ich zuvor Gemeindepräsidentin von Bregaglia war, hatte ich vor meiner Wahl keine Erfahrung in einer Legislative. Der Beginn im Nationalrat war eine völlig neue Welt. Besonders in Erinnerung bleibt mir der erste Tag, als ich das imposante Bundeshaus betrat und mit einer Freundin sowie zwei Journalisten aus Graubünden die Treppe hinaufstieg. Ich habe erwartet, dass das Parlament schneller entscheidet. Es überraschte mich, dass ein Gesetz, nachdem es von beiden Räten angenommen wurde, in der Schlussabstimmung noch abgelehnt werden kann, so dass die Arbeit wieder bei null beginnt.

Mittlerweile verfüge ich über mehr Erfahrung und politisiere aktiver als vor zwei Jahren. Ich habe mich stark für das CO₂-Gesetz engagiert und bin im Initiativkomitee für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung. Als APK-Mitglied sind mir die Beziehungen zur EU besonders wichtig. Es stellt sich nun die Frage, wie wir den bilateralen Weg aufrechterhalten und weiterentwickeln können. Ich hoffe, dass es dem Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Parlament gelingt, ein stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn aufzubauen, die für die Schweiz so wichtig sind. Bis zum Ende der Legislatur möchte ich auch die Namen, die Herkunft und den politischen Hintergrund der vielen Menschen kennen, die mir im Bundeshaus begegnen. Neben der Arbeit im Bundeshaus gefällt mir auch die Stadt Bern. In der wunderschönen Altstadt bin ich gerne zu Fuss unterwegs.»



Matthias Michel
Ständerat, Zug

«Nach 16 Jahren als Regierungsrat in Zug hatte ich den Wunsch, auf nationaler Ebene zu wirken. Als ich vor zwei Jahren ins Bundeshaus kam, war ich erstmal ergriffen. Die Realpolitik war dann wieder etwas anderes. Fasziniert und überrascht hat mich die Dimension des Zweikammersystems. Wenn man aus einem Kanton kommt, kennt man die Regierung und das Parlament mit einer Kammer. Das Zweikammersystem wirkt auf den ersten Blick sehr kompliziert und ich habe Zeit benötigt, um zu erkennen, welche Geschäfte zuerst in welchen Rat kommen und was danach folgt bis zu den Differenzvereinigungen.

Die Vereidigung ging mir besonders unter die Haut. Wegen eines zweiten Wahlgangs im Kanton Zug wurde meine Wahl erst einen Tag nach Sessionsbeginn bestätigt. Das hat mich zuerst etwas geärgert, aber dafür durfte ich alleine zwischen den Weibeln vor dem Ratspräsidium meinen Eid ablegen. Sofern das Ständeratsbüro bestätigt, kann ich in der zweiten Legislaturhälfte das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats übernehmen. Die GPK beaufsichtigt den Bundesrat, wie er die Verwaltung führt, ob effizient und rechtmässig. Diese Rolle ist mir auf den Leib geschneidert, da ich von der Exekutive komme.»



QR-Code scannen und alle Videointerviews in voller Länge schauen.



Simone de Montmollin
Nationalrätin, Genf

«Die erste Amtshandlung beim Legislaturbeginn 2019 war die Vereidigung. Als wir den Eid abgelegt haben, wurde mir bewusst, welche Verantwortung wir als Volksvertreter tragen. Ich war dankbar gegenüber den Menschen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und wollte gleich mit der Arbeit beginnen, um eben dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Im Gegensatz zum kantonalen Parlament ist die Polarisierung zwischen den Fraktionen deutlich stärker. Das wirkt sich auch auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus. Aufgefallen ist mir auch, dass sich einige Ratsmitglieder stark für persönliche Anliegen einsetzen, andere eher Parteiinteressen vertreten. Ich habe schnell gelernt, für meine Überzeugungen einzustehen. Allerdings verändern sich die Prioritäten je nach Agenda des Parlaments, des Bundesrats oder bei unerwarteten Ereignissen. Da muss man die Energie einsetzen, wo sich etwas bewirken lässt.»



Damien Cottier
Nationalrat, Neuenburg

«In den letzten zwei Jahren im Nationalrat habe ich viel darüber gelernt, wie die Prozesse ablaufen. Wenn man in der Politik etwas bewegen will, braucht es vertieftes Wissen über die Abläufe. Das ist mir nicht schlecht gelungen. Selbstverständlich gibt es immer noch Dinge, die man besser machen kann. Zum Glück kann ich auf die Unterstützung meiner Fraktionskollegen zählen. Es ist wichtig, sich selbst zu hinterfragen und Neues dazulernen. Lernen ist Teil des Lebens. Das wichtigste politische Dossier ist für mich die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Wir müssen unbedingt Lösungen finden, damit der bilaterale Weg weiterentwickelt werden kann. Das erfordert Kreativität, politischen Willen, Arbeit und Diplomatie. Ich bin überzeugt, dass diese Frage absolut zentral für unser Land ist, weil sie sich auf unseren Arbeitsmarkt und letztlich auf unsere Lebensqualität auswirkt.»



Maja Riniker
Nationalrätin, Aargau

«In den letzten zwei Jahren habe ich viel über politische Mechanismen und Taktiken gelernt. Dazu habe ich meine Kenntnisse der anderen Landessprachen verbessert. Als Aargauerin waren mir diese zuvor weniger geläufig. Auch gegenseitiges Vertrauen und Kooperation lernte ich kennen, wie auch das Gegenteil. Die überparteiliche Zusammenarbeit finde ich einen grossen Vorteil und etwas Schönes, das ich nicht in diesem Ausmass erwartet habe. Man hat mich auch vor der vielen Arbeit gewarnt, dass es so viel Arbeit ist, habe ich aber nicht gedacht.

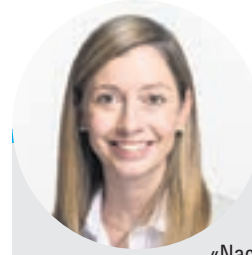
Der Abbruch der Session am 16. März 2020, als der Lockdown beschlossen wurde, das hat mich stark geprägt. Traurig war auch der Tod meines Nationalratskollegen Albert Vitali. Ich durfte ihn nicht lange erleben, habe ihn aber sehr gerne gehabt. Das waren emotionale Momente, die prägen. Das wichtigste Dossier ist für mich der Alimentierungsbericht, bei dem es um die Sicherung der Bestände von Armee und Zivilschutz geht. Ebenfalls müssen wir klären, wie ein Dienst an der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Armee- und Zivilschutzbeständen funktioniert, inklusive Frauen in der Armee. Das ist ein langfristiges Projekt, das ich gerne noch weiterverfolgen würde. Ebenfalls habe ich im Bereich Bevölkerungsschutz Ideen, wie man die Bevölkerung noch aktiver alarmieren kann.»



Andri Silberschmidt
Nationalrat, Zürich

«Als ich in den Nationalrat gewählt wurde, wollte ich die jungfreisinnige Politik einbringen, die ich schon zuvor verfolgt habe. Das ist mir wenigstens zum Teil gelungen. Ich konnte Akzente in Kernthemen setzen, wie zum Beispiel das Unternehmertum stärken und Sozialwerke sichern. Unterschätzt habe ich die Dynamik der beiden Kammern. Nur weil wir im Nationalrat etwas erreicht haben, heisst das noch lange nicht, dass es dann auch durch den Ständerat kommt. Diese Dynamik zu verstehen und einzuplanen, ist eine Herkulesaufgabe und lässt sich auch nicht innert einer Legislatur komplett lernen.

Heute denke ich viel mehr in Gesetzestexten. Wenn jemand auf mich zukommt und bei einem Problem Hilfe verlangt, höre ich es mir an und meine erste Frage ist: In welchem Gesetz und welchem Artikel ist es geregelt? Nur wenn man ein Problem tatsächlich identifiziert, kann man es auch lösen. Das wichtigste politische Dossier ist für mich nach wie vor die Sicherung der Sozialwerke, weil wir in den letzten zwei Jahren weniger Fortschritte erzielt haben, als ich mir das erhoffte. Dabei braucht es ausserparlamentarischen Druck, deshalb hat die FDP mit den Jungfreisinnigen die Renteninitiative eingereicht. Wir im Parlament müssen einen Zacken zulegen. Wenn es nach uns ginge, wären wir schon viel weiter.»



Johanna Gapany
Ständerätin, Freiburg

«Nach meiner Wahl in den Ständerat wollte ich mein Netzwerk auf eidgenössischer Ebene vergrössern, da ich vorher in einer städtischen Exekutive und im Freiburger Kantonsparlament war. Ein gutes Netzwerk ist wichtig, um möglichst viel bewegen zu können und meinen Kanton optimal zu vertreten. In den letzten zwei Jahren wurde die politische Arbeit durch die Covid-Pandemie erschwert. Die parlamentarische Arbeit beinhaltete deutlich weniger persönlichen Austausch. Für mich als neue Ständerätin war es anspruchsvoll, weil die Beschlüsse bezüglich Corona sehr rasch abgearbeitet wurden. Dadurch lernte ich die Prozesse schnell kennen und wusste bald, worauf es ankommt.

Mich haben insbesondere die Finanzen und der künftige Umgang mit den Schulden interessiert, da ich bald das Präsidium der Finanzkommission übernehme. Mir ist es wichtig, dass die Schulden nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden. Überrascht hat mich die ausgeprägte Diskussionskultur im Ständerat. Es geht tatsächlich nicht darum, dass jeder seine Rede hält, sondern dass man auf die Vordröner eingeht. Der Ständerat zeigt einen ausgeprägten Willen zur Demokratie mit ausführlichen Debatten und Entscheidungen, die genau abgewogen werden. Natürlich werden auch in diesem ruhigen Rahmen dynamische Entscheide getroffen.»

Thierry Burkart will die FDP mit klaren Positionen profilieren. Fotos: Désirée Dittes



«Wir brauchen klare Kanten»

Thierry Burkart will mehr Fokus

Der neue Parteipräsident hat mit seinem Team erste Eckpunkte definiert, wohin der Weg der FDP gehen soll. Im Interview spricht er den Liberalismus als Verpflichtung, die Bedeutung der Kantonalparteien und was die FDP von der Schwingerfamilie lernen kann.

Am 2. Oktober wählten dich die Delegierten zum Parteipräsidenten. Wie ist es dir seither ergangen?

Die letzten Wochen waren so intensiv wie spannend und es galt, viele Abläufe und Zuständigkeiten kennen zu lernen. Intensiv war auch die Arbeit im Team mit meinen Vizepräsidenten, die sehr gut funktioniert. Viele Leute sind mit ihren Wünschen und Erwartungen bezüglich der FDP an mich herangetreten. Diese Anliegen zu kanalisieren, ist eine Herausforderung.

Bei deiner Wahl waren viel Unterstützung, aber auch grosse Erwartungen zu spüren. Bedeutet dies Druck oder ein willkommener Vertrauensvorschuss?

Ich denke, beides trifft zu. Man schenkt uns Vertrauen, adressiert aber auch klare Erwartungen. Wir wissen, was wir für die FDP erreichen wollen, nämlich den Wahlsieg 2023. Uns ist aber auch bewusst, dass wir das nicht allein schaffen. Es braucht jeden und jede in dieser Partei, von der Bundeshausfraktion über die Kantonalparteien bis hin zu den Ortsparteien. Dieses liberale Feuer zu entzünden und alle Freisinnige zu erreichen, ist mir ein grosses Anliegen.

Konntest du in deinen ersten Wochen als Parteipräsident bereits einige Pflöcke einschlagen?

Grundsätzlich schlage ich als Präsident nicht alleine Pflöcke ein. Ich kann aber, quasi als Spitze des Eisbergs, Anstösse geben. Die bisherigen Tätigkeiten, die wir bearbeiten, lassen sich grob gliedern: Wir arbeiten an einer Reorganisation von Partei und Fraktion und haben einen neuen Generalsekretär und einen neuen Wahlkampfleiter gefunden. Wir beschäftigen uns ausserdem mit Umweltpolitik, zu der es einen Antrag der Parteipräsidentenkonferenz (PPK) gab. Gleichzeitig sind wir an einer Resolution zur Energiepolitik. Zudem wollen wir möglichst bald drei bis fünf Kernthemen definieren und diese entsprechend bearbeiten. Daneben war ich kommunikativ gefordert und konnte in den vielen Interviews unsere Positionen gegenüber der Konkurrenz abgrenzen. In der Covid-Thematik war es wichtig klarzustellen, dass wir zu den aktuellen Massnahmen stehen und die Impfung der wirksamste Ausweg aus der Krise ist. Angesichts tieferer Spitalbelastung wollen wir jedoch auch eine konkrete Perspektive. Diese fordern wir vom Bundesrat.

Was sind die wichtigsten Aufgaben für die nächsten drei Monate? Die Festlegung der drei bis fünf Kernthemen, diese mit Inhalten füllen und schliesslich deren Umsetzung planen. Neben dieser Hauptaufgabe gilt es, mit dem neuen Generalsekretär Strukturen und Abläufe festzulegen.

Was gefällt dir an der Arbeit als Parteipräsident?

Die Arbeit mit meinem Team ist wirklich sensationell und ich bin überglücklich, dass ich ihre Unterstützung habe. Daneben spüre ich eine leidenschaftliche und tolle Arbeit im Generalsekretariat sowie allgemein in der Partei Zuversicht und eine Stimmung des Aufbruchs, das freut und motiviert mich. Jetzt geht es darum, diesen Aufbruch zu vergrössern und nach aussen zu tragen. Zu guter Letzt freue ich mich, dass Einigkeit zu spüren ist. Dies ist die entscheidende Voraussetzung, um bei den Wahlen 2023 zu gewinnen.

Die fehlende Einigkeit in der Partei wurde in der Vergangenheit oft beklagt. Wie stellst du sicher, dass Einigkeit auch tatsächlich gelebt wird?

Wir müssen Themen frühzeitig erkennen und mit den wesentlichen Kräften unserer Partei Positionen erarbeiten, die auf einem breiten Konsens beruhen. Das bildet eine bessere Ausgangslage als ein Verdikt, dem man sich ohne Mitwirkung zu fügen hat. Ebenso wichtig ist die Konzentration auf einige wichtige

Der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Themen. Dann ist es weniger schlimm, wenn es einmal bei nebensächlichen Themen verschiedene Meinungen gibt. Daneben braucht es auch in der parlamentarischen Arbeit viel Führungsarbeit, damit Einigkeit gewährleistet werden kann.

Innerhalb und ausserhalb der FDP haben unzählige Personen eine genaue Vorstellung, wie die FDP zu sein hat. Wie gehst du mit diesen zahlreichen und unterschiedlichsten Erwartungshaltungen um?

Wichtig ist, dass all diesen Stimmen Gehör finden und wir gleichzeitig eine klare Vorstellung haben, was wir wollen. Ich bin mir bewusst, dass man es nie allen recht machen kann. Ich höre oft den Wunsch nach einer FDP mit klaren erkennbaren Positionen. Das ist fast noch wichtiger als die Position an sich. Diesen Wunsch teile ich, aber damit lassen sich nicht alle zufriedenstellen. Wir müssen aber mit klarer Kante kommunizieren.

Zwischen 2010 und 2013 warst du Präsident der FDP Aargau. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, die dir auch jetzt nützlich sind?

Es war eine schöne Zeit mit tollen Leuten und wir wurden zweitstärkste Partei im Kanton – noch vor den Sozis! Damals habe ich gelernt, dass man als Präsident hinstehen und die eigenen Positionen mutig vertreten muss, um die Leute mitzunehmen. Es darf aber nicht ein Egotrip sein, sondern es braucht die Einbindung aller. Obwohl es auch im Aargau verschiedene Flügel gab, gelang uns ein einheitlicher Auftritt.

In der nationalen Politik jagen sich die Herausforderungen: Abstimmungen, Wahlen, Tagesaktualitäten und Unvorhergesehenes. Wie setzt du hierbei Prioritäten?

Das ist in der Tat anspruchsvoll. Genau deshalb braucht es in den Schwerpunktthemen frühzeitige Positionsbezüge, basierend auf unseren Grundwerten, die uns vereinen. Wir müssen lernen, dass wir nicht allein für die Schweiz verantwortlich sind, auch wenn wir natürlich das Beste für unser Land wollen. Wir müssen auf unseren Grundlagen politisieren und auch einmal den Mut aufbringen, uns einem Kompromiss zu entziehen, wenn er von unseren Positionen zu weit entfernt ist. Denn der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Du sprichst die Verantwortung für die Schweiz an. Das wird von der FDP aufgrund der Historie oft erwartet.

Unsere Politik ist verantwortungsvoll und liberal. Die Geschichte zeigt, dass liberale Politik erfolgreich ist. Deshalb ist der Liberalismus unsere



Thierry Burkart mit seinen Vizepräsidenten Andrea Caroni, Johanna Gapany, Philippe Nantermod und Andri Silberschmidt (von links).

erste Verpflichtung. Wenn wir Kompromisse eingehen, die zu weit entfernt davon sind, werden wir dem Liberalismus untreu, verlieren an Kontur und die Wählerinnen und Wähler verlieren das Interesse. Wenn ich mich zwischen einem langsamen Sterben in Schönheit und einer erfolgreicher liberalen Partei entscheiden muss, wähle ich definitiv Zweiteres.

Oft wird lieber über die Schwächen der FDP diskutiert. Wo siehst du aktuell die Stärken der Partei?

Unser Problem ist, dass wir selbst zu oft über unsere Schwächen reden. Dabei müssen wir vermehrt darüber reden, was uns stark macht und verbindet. Nämlich das liberale Wertefundament, das so aktuell ist wie seit eh und je. Eigenständigkeit und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft sind zeitlos und dafür stehen wir ein. Ebenso für technologischen Fortschritt und Innovation. Wer, wenn nicht wir kann das gewährleisten? Wenn wir diese Positionen klar vertreten, eint uns das und hebt unsere Stärken hervor. Gerade weil unsere freisinnigen Überzeugungen zeitlos sind, sind wir keine Modepartei. Eine andere grosse Stärke sind die hervorragenden Köpfe in unserer Partei, die schweizweit innovative und vernunftbasierte Ideen einbringen.

Was muss sich noch verbessern? Wir haben eine Schwäche, die zugleich unsere Stärke ist. Die Vielfalt in unserer Partei bringt sehr viele interessante Menschen auf dem liberalen Fundament zusammen. Gleichzeitig ist es eine Schwäche, weil wir zu wenig gut erkennbar sind. Deshalb brauchen wir den Mut, uns auf einen gemeinsamen Weg zu eini-

gen, hinter dem alle stehen und für welchen alle zusammen kämpfen.

Die Kantonalparteien spielen eine wichtige Rolle für die FDP. Wie bindest du sie in deine Strategie ein?

Ich würde noch weitergehen und sagen, in den Kantonalparteien findet die wichtigste Arbeit statt. Die FDP Schweiz ist ohne die Kantonalparteien eine luftleere Hülse. Dort werden Wahlen gewonnen und verloren, und dort findet der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern statt. Diese wichtigste Ebene will ich insbesondere über das Gremium der PPK mitnehmen. Auch bei der Erarbeitung von Positionen will ich sie stärker einbinden und natürlich im Hinblick auf den Wahlkampf.

Du besuchst gerne Schwingfeste und organisierst sie auch. Lässt sich der Schwingsport mit der FDP vergleichen?

Der Schwingsport hat der FDP etwas voraus: Im Sägemehl wird zwar hart gekämpft, doch innerhalb der Schwingerfamilie, zwischen Sportlern und Publikum, herrscht ein enger Zusammenhalt. Dieses Wirgefühl und die Freude an diesen Festen sind allgegenwärtig. Für die FDP wünsche ich mir, dass wir unseren Sinn nicht nur über einzelne Positionen und politische Kämpfe finden, sondern auch Freude am gemeinsamen Politisieren zeigen. Es braucht die Freude am gemeinsamen Austausch und Stolz, dass wir Freisinnige sind.

Hast du einen Lieblingsschwinger? Die Aargauer liegen mir natürlich alle am Herzen, aber an Nick Alpiger habe ich besonders Freude.

Interview: Marco Wölfli

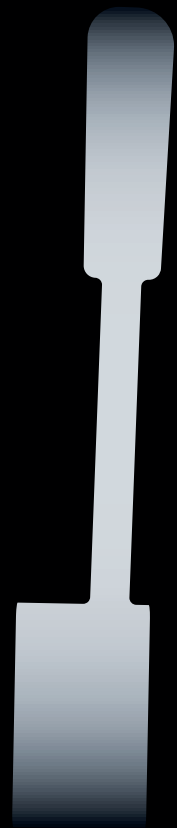
NEIN



zur Pflegeinitiative
am 28. November

J
J
U
U
S
S
T
T
I
I
Z
Z

NEIN ZUR JUSTIZ-
INITIATIVE



Auslegeordnung zur Individualbesteuerung

Bundesrat präsentiert verschiedene Umsetzungsvarianten

Ende September legte der Bundesrat seine Auslegeordnung zur Individualbesteuerung vor. Darin präsentierte er drei verschiedene Modelle, welche verschiedene Ansätze verfolgen. Neben der reinen und der modifizierten Individualbesteuerung wird auch das Modell gemäss Ecoplan analysiert.

Der Bundesrat kam damit dem Beschluss des Parlamentes aus der Herbstsession 2020 nach, welcher die Aufnahme der Verabschiedung einer Botschaft zur Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019–2023 forderte. Die FDP Frauen begrüssen diesen Schritt, geniesst doch das Anliegen der steuerlichen Gleichberechtigung unabhängig vom Zivilstand sowohl in der Bevölkerung als auch im Parlament viele Sympathien. Mit der Auslegeordnung der verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten der Individualbesteuerung wird nun eine Grundlage für weitere Diskussionen geschaffen.

Unterschiedliche Auswirkungen auf die Steuerbelastung

Der Bundesrat zeigt in seiner Auslegeordnung insbesondere auf, dass sich je nach gewähltem System die Auswirkungen auf die Steuerbelastung unterscheiden. Während die reine Individualbesteuerung keine Rücksicht auf allfällige Kinder oder ungleiche Erwerbsverhältnisse bei den Ehepartnern nimmt, sehen die modifizierte Individualbesteuerung und die Individualbesteuerung nach Ecoplan Korrekturen in diesen Bereichen vor. Ebenfalls untersucht wurden die positiven Erwerbsanreize, die bei diesem Systemwechsel resultieren. Diesbezüglich schneiden besonders die reine Individualbesteuerung sowie die Ecoplan-Variante gut ab, da hier die Grenzsteuersätze reduziert würden. Das wiederum macht die Erwerbstätigkeit für Zweitverdienerinnen und Zweitverdiener finanziell attraktiver.

Gesellschaftliche Gegebenheiten widerspiegeln

Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Zweitverdienerinnen und Zweitverdiener kann

also der Fachkräftemangel in der Schweiz gelindert werden. Zudem erhöhen sich die Beiträge in die Sozialversicherungssysteme, was wiederum die Altersarmut reduzieren kann. Gerade auch im Hinblick auf die Annahme der Ehe für alle am 26. September ist es für die FDP. Die Liberalen Frauen unabdingbar, dass das Steuersystem den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst wird. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wird die Zahl der Paare, welche von der «Heiratsstrafe» betroffen sind, in den nächsten Jahren noch einmal deutlich ansteigen. Unser Steuersystem soll jedoch keinen Grund

«Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Zweitverdienerinnen und Zweitverdiener kann also der Fachkräftemangel in der Schweiz gelindert werden.»

Ursina Flütsch
FDP Frauen Schweiz

bieten, sich gegen eine Eheschliessung zu entscheiden. Zudem kann eine tatsächliche Gleichstellung aller Lebens- und Partnerschaftsformen vor dem Gesetz nur dann erreicht werden, wenn der Staat seine Bevölkerung endlich zivilstands-unabhängig besteuert.

Helfen Sie jetzt mit und unterstützen Sie unsere Initiative – vielen Dank!

Ursina Flütsch
Projektleiterin Politik und Medien,
FDP Frauen Schweiz

www.individualbesteuerung.ch/unterstuetzen

Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung

Zeit für eine Veränderung – endlich!

Helfen Sie jetzt mit!

Jetzt das Anliegen der Individualbesteuerung durch Spenden und/oder Organisation von Unterschriftensammlungen in Ihrer Gemeinde unterstützen!

Wir liefern Ihnen gerne Material für Unterschriftensammlungen!
Kontakt: info@individualbesteuerung.ch

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Jetzt mit TWINT spenden!
QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen

oder via Spendenkonto:
IBAN: CH880025425421136740F

[f](https://www.facebook.com/individualbesteuerungschweiz) /individualbesteuerungschweiz [@individualbesteuerung_ch](https://www.instagram.com/individualbesteuerung_ch) [t](https://twitter.com/StGe_ch) @StGe_ch

Jungfreisinnige

Die Jungfreisinnigen fassten in Locarno Parolen und feierten die 100-jährige Tessiner Sektion.
Fotos: Marc Bühler



Jetzt geht es gegen «Lex Netflix»

Jungfreisinnige ergreifen das Referendum

Ende September trafen sich Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz in Locarno. Es war einmal mehr ein äusserst spannender Anlass mit hochkarätigen Gästen und Grund zu feiern: 100 Jahre Tessiner-Sektion. Zudem fassten die Delegierten die Parolen für die November-Abstimmungen. Die Jungfreisinnigen Schweiz sagen Nein zur Pflegeinitiative, Nein zur Justiz-Initiative und Ja zum Covid-19-Gesetz. Doch damit nicht genug: Im Oktober ergriffen sie das Referendum gegen das neue Filmgesetz. Die Frist läuft bis zum 20. Januar 2022.

Über 220 Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz folgten in Locarno mit grossem Interesse der Rede von (damals noch) FDP-Präsidentschaftskandidat Thierry Burkart: «Ihr seid nicht die Politiker von morgen – ihr seid die Politiker von heute! Euer Einfallsreichtum, eure Ideen und euer Engagement werden heute mehr denn je gebraucht!» Lobende Worte gab es auch von Sergio Ermotti, dem VR-Präsident der Swiss Re: «Mit der Lancierung der Renteninitiative haben Sie mehr Mut bewiesen als die grossen Parteien. Sie haben grosses Engagement und Ausdauer gezeigt. Gratulation!»

Nein zu den Initiativen – Ja zum Covid-Gesetz

Die Delegierten fassten eine klare Nein-Parole zur Justizinitiative. Die Einführung des Losverfahrens widerspricht der schweizerischen Tradition. Die Wahl der Bundesrichter wird mit der Annahme der Initiative dem Zufall überlassen. Die demokratische Legitimation der Justiz sowie die Akzeptanz

von Gerichtsurteilen in der Bevölkerung würden geschwächt. Ebenfalls Nein sagten die Delegierten zur Pflegeinitiative. Der Bedarf an medizinischer Versorgung steigt laufend, weshalb sie den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament unterstützen und die Initiative ablehnen: Um die Ausbildung weiter zu fördern, stellen Bund und Kantone mit dem Gegenvorschlag für die nächsten acht Jahre rund eine Milliarde Franken zur Verfügung. Der Gegenvorschlag tritt bei Ablehnung der Pflegeinitiative sofort in Kraft und die finanziellen Mittel können sofort eingesetzt werden. Zum Covid-19-Gesetz fassten die Delegierten mit einer Zweidrittelmehrheit die Ja-Parole.

Referendum gegen «Lex Netflix»

Das Filmgesetz, auch bekannt als «Lex Netflix», wurde leider in der Schlussabstimmung der Herbstsession angenommen. Das Filmgesetz verpflichtet Streaming-Anbieter wie Netflix oder Disney+ so-



Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, lobte die Jungfreisinnigen für ihren Einsatz.

wie private TV-Sender wie 3+, Sat1 oder Pro7, jährlich mindestens vier Prozent ihrer CH-Bruttoeinnahmen den Schweizer Filmschaffenden abzuliefern. Zudem werden sie verpflichtet, mindestens dreissig Prozent europäische Filme zu zeigen. Die Jungfreisinnigen Schweiz, die Junge SVP Schweiz sowie die Jungen Grünliberalen Schweiz ergriffen deshalb das Referendum. Zusammen wehren sie sich gegen diese Gesetzesrevision, die völlig an den Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere aber an den Bedürfnissen der Jungen, vorbeigeht. Möchten Sie das Referendum unterstützen?

Bei Interesse können Sie sich direkt bei Lukas Aeckerli, Geschäftsführer des Referendumskomitees (filmsteuer@jungfreisinnige.ch), melden

Sven Gaberthüel
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

20 Jahre nach dem UNO-Beitritt will die Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat.

Foto: iStock/texpan



Der UNO-Sicherheitsrat als Chance für die Schweiz

«A Plus for Peace»

Von 2023 bis 2024 wird die Schweiz aller Voraussicht nach im UNO-Sicherheitsrat Einsitz nehmen. Dies ist mit ihrer Neutralität vereinbar. Sie sollte diese Chance nutzen, sich der Weltöffentlichkeit einmal mehr als Friedenstifterin und herausragende Demokratie zu präsentieren.

Am 10. September 2022 wird die Schweiz das 20-Jahr-Jubiläum ihrer UNO-Mitgliedschaft feiern. Nicht zuletzt aufgrund dieses historischen Ereignisses wird sie sich in den Wahlen 2022 um einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat bewerben. Da bisher keine Gegenkandidaturen bekannt sind, darf davon ausgegangen werden, dass sie auch gewählt wird.

Mit der Neutralität vereinbar

Für die meisten Länder ist die Mitarbeit in diesem wichtigen Gremium eine Ehre, aber auch ein selbstverständlicher Teil ihrer UNO-Mitgliedschaft. Für die Schweizer Aussenpolitik stellt sie jedoch ein Novum dar. Als der Bundesrat die Schweizer Kandidatur 2011 lancierte, hat er sich daher auch der Frage gestellt, wie ein Sitz in diesem Gremium unter dem Blickwinkel der Neutralität zu beurteilen sei. In seinem Bericht ans Parlament kommt er klar zum Schluss, «dass die Neutralität mit einem Sitz im Sicherheitsrat vereinbar ist». Dies ist nicht überraschend, haben doch neutrale Staaten wie Österreich, Schweden, Finnland und Irland zusammen schon insgesamt 13-mal im Sicherheitsrat Einsitz genommen. Vielmehr ist es so, dass gerade

diese Staaten und ihr neutrales Urteil besonders prädestiniert sind, eine wichtige Rolle einzunehmen, ist es doch die Hauptaufgabe des Sicherheitsrates, für Frieden und Sicherheit in der Welt zu sorgen. Und sollte eine Situation eintreten, in der die Schweiz aus neutralitätspolitischen Überlegungen keine Stellung beziehen möchte, hat sie das Recht, sich der Stimme zu enthalten. Auch die Delegierten der FDP stellten sich 2010 unter dem Motto «Konstruktiver Schweizer Einsatz im UNO-Sicherheitsrat» einstimmig hinter die Kandidatur.

Gute Dienste im Sicherheitsrat

Der zweijährige Einsitz im Sicherheitsrat ist also keine Gefahr für die Schweizer Neutralitätspolitik, im Gegenteil, er ist eine Chance. Die Schweiz ist zu Recht stolz auf ihre Tradition der Guten Dienste. Genau diese Rolle als Vermittlerin und Friedensförderin sollte die Schweiz nun auch in diesem wichtigen Gremium übernehmen. Dass der Bundesrat die Guten Dienste in den Sicherheitsrat tragen will, hat er in seiner Kandidatur unter dem Motto «A Plus for Peace» festgehalten. Damit kann die Schweiz der Weltöffentlichkeit

zeigen, dass ihre Neutralität nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Weltgemeinschaft wertvoll ist.

Die internationale Lage hat sich in den letzten Jahren verdüstert, und vielerorts haben Staaten auf das Recht des Stärkeren gesetzt. Dies ist nicht im Interesse der Schweiz, die als erfolgreiches, aber kleines und stark vernetztes Land auf internationale Rechtssicherheit angewiesen ist. Umso wichtiger ist es, dass wir zur Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO einen Beitrag leisten, auch wenn keine Wunder erwartet werden können.

Modell für eine transparentere Weltpolitik

Ein solcher Beitrag könnte einer weiteren guten Schweizer Tradition folgen: Als die liberalen Pioniere 1848 die Grundsteine der modernen Schweiz legten, setzten sie in einem Europa, wo Könige und Kaiser regierten, neue Massstäbe für die demokratische Mitbestimmung in der Politik. Warum sollte die Schweiz nicht wieder ein Modell werden? Diesmal dafür, dass sie aufzeigt, wie die Zivilgesellschaft in die Politik im UNO-Sicherheitsrat einbezogen werden kann und Weltpolitik nicht in Hinterzimmern gemacht wird. Dass dabei ein FDP-Aussenminister vorangeht, entspricht der liberalen DNA der Partei.

Florian Keller
Präsident Fachkommission Aussenpolitik,
FDP Schweiz

Vorschau Wintersession 2021

Auch in der kalten Jahreszeit wird in Bundesbern hitzig debattiert.

Foto: Katharina Wieland Müller/pixelio.de



Bedeutende Wahlen und wichtige Entscheidungen

Vorschau auf die Wintersession

Die Wintersession ist traditionsgemäss geprägt durch die aufwendige Beratung des Budgets in beiden Räten sowie von wichtigen Wahlgeschäften. In diesem Jahr ist auch Zweiteres für die FDP von grösserer Bedeutung, da voraussichtlich einerseits im Ständerat Thomas Hefti zum Ratspräsidenten und andererseits in der Vereinigten Bundesversammlung der neue Bundespräsident gewählt wird. Gemäss der Rotation ist das für das Jahr 2022 erfreulicherweise Bundesrat Ignazio Cassis vorgesehen.

Inhaltlich ist aber nicht nur das Budget von grosser Bedeutung, sondern es stehen auch viele weitere bedeutende Entscheidungen an in den Bereichen Vorsorge, Klimapolitik und Wirtschaftspolitik.

Vorsorge

Anders als ursprünglich gedacht, konnte die Beratung der AHV21 in der Herbstsession trotz gewisser Dringlichkeit nicht fertigberaten werden. Darum steht nun in der Wintersession die dringliche Differenzvereinbarung an. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung der Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Rentenalters einigen, die vor allem Frauen mit den tiefsten Einkommen zugutekommt, die finanziellen Verbesserungen der Angleichung des Rentenalters aber auch nicht gleich wieder zunichtemacht. In der gleichen Session wird auch die wichtige Arbeit für eine Reform der zweiten Säule zum ersten Mal in Angriff genommen. Ebenfalls mit Verzögerung, da die Vorberatung mehr Zeit in An-

spruch nahm als ursprünglich geplant. Wie bei der AHV21 wird im Nationalrat eine bürgerliche Zusammenarbeit entscheidend sein, um neben den eher unbestrittenen Inhalten wie der Senkung des Umwandlungssatzes eine vernünftige Lösung für die Übergangsgenerationen zu finden. Auch hierzu bietet die FDP Hand zugunsten von zielgerichteten Lösungen anstatt Giesskannen-Politik.

Klima

Nachdem in der Volksabstimmung das neue CO₂-Gesetz im Sommer 2021 abgelehnt wurde, konnte bereits im Herbst dank der FDP rasch eine Übergangsgesetzgebung im Nationalrat erarbeitet und verabschiedet werden. Nun geht es auch im Ständerat darum, die heutigen, unbestrittenen Massnahmen im bestehenden CO₂-Gesetz weiterzuführen. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke zu verhindern und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen. Dafür braucht es eine rasche Differenzvereinbarung, da das Geschäft in der Wintersession fertigberaten werden muss.

Wirtschaft

Bereits die letzte Session war ein wirtschaftspolitischer Erfolg dank diversen wichtigen verabschiedeten Reformen wie der Abschaffung der Industriezölle. Nun liegt der Fokus auf der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen, die zum ersten Mal in den Ständerat kommt. Wie bereits im Nationalrat braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien, damit diese Reduktion der Abgabenlast zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich verabschiedet werden kann.

Finanzen

Die Covid-Pandemie und ihre finanziellen Folgen sorgten für grosse Unsicherheit. Obwohl das ursprüngliche Budget 2022 erfreuliche Zahlen präsentierte, verhindern die diversen Nachmeldungen zur Bewältigung der Coronakrise leider eine schwarze Null. Trotz des erwarteten Finanzierungsdefizits von rund 1,9 Milliarden Franken wäre es aber falsch, die Grundlagen der heutigen Schweizer Finanzpolitik über Bord zu werfen, da sie uns im internationalen Vergleich eine beneidenswerte Ausgangslage verschafft haben. Die FDP fordert weiterhin die klare Einhaltung der Schuldenbremse. Sie hat sich bewährt und verschafft uns in Krisenzeiten einen grösseren Handlungsspielraum.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Ein Stück Freiheit dank Zertifikat

Ja zum Covid-19-Gesetz

Mit einem Ja am 28. November wählen wir einen verhältnismässigen und vernünftigen Weg aus der Pandemie – insbesondere dank dem Zertifikat. Die Ablehnung des Covid-Gesetzes würde die Rückkehr zur Normalität verlangsamen.

Ungern, aber konkret erinnere ich mich an den Frühling 2020: Im Gleichschritt mit den weltweit steigenden Covid-Fallzahlen mussten innert Kürze sehr einschränkende Schutzmassnahmen verfügt werden, schliesslich der Lockdown. Das gesellschaftliche Leben kam praktisch zum Stillstand, Unternehmen wurden massiv eingeschränkt. Mehrere «Wellen» später verfügen wir über wirksame Impfstoffe und ein international anerkanntes Zertifikat. Es ermöglicht uns, auf Schutzmassnahmen weitgehend zu verzichten. Erst recht gilt das für weitere verheerende Lockdowns.

Zertifikat als Schlüssel zu Freiräumen

Was in der Debatte über die Abstimmung vom 28. November oft vergessen geht: Nach wie vor befinden wir uns in einer anhaltenden Pandemie, grosse Teile der Erdbevölkerung sind noch nicht geimpft und das Virus mutiert weiter. Während in anderen Ländern wieder weitreichende Lockdowns das öf-

fentliche Leben zum Erliegen bringen, können wir «unmaskiert» Sport- und Kulturveranstaltungen und Restaurants besuchen, und wir können international reisen: All das ist möglich – dank dem Covid-Zertifikat! Das Zertifikat öffnet uns Freiräume, die es ohne nicht gäbe.

Verhältnismässiges Vorgehen erforderlich

Durch das Zertifikat ist ein verhältnismässiges und differenziertes Vorgehen zur Vermeidung von Todesfällen, schweren Krankheitsverläufen und einer Überlastung des Gesundheitswesens also erst möglich. Konkret heisst das: Weil Geimpfte, Genesene und Getestete aus epidemiologischer Sicht weitaus weniger ansteckend sind, werden sie mit Zertifikat von einschränkenden Schutzmassnahmen entlastet. Weiter aber gilt: Auch das Zertifikat – respektive die Pflicht zu dessen Verwendung in verschiedenen Lebensbereichen – ist eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die nur

Beat Walti setzt sich für ein Ja zum Covid-Gesetz ein.
Foto: Désirée Dittes

so lange gerechtfertigt ist, wie sie notwendig und verhältnismässig ist.

Unehrlige Missinterpretation der Referendumsführer

Bereits aufgrund des Epidemiengesetzes hat der Bundesrat die Kompetenz, im Falle einer Epidemie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zum Schutz der Bevölkerung einzuschränken. Dabei hat er den Verhältnismässigkeitsgrundsatz zu beachten. Artikel 1a des Covid-Gesetzes ändert daran nichts, im Gegenteil: Er konkretisiert und verdeutlicht diesen Grundsatz noch zusätzlich. Der Bundesrat darf ausdrücklich nicht nur nach epidemiologischen Kriterien agieren, sondern muss wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen bei seinen Entscheiden genauso berücksichtigen. Die Revision des Covid-Gesetzes stellt dem Bundesrat also definitiv keinen «Blankocheck» aus, wie von den Referendumsführern irreführenderweise behauptet wird.

Wegfallende Unterstützungen für Betroffene

Gerade mit dieser Revision des Covid-Gesetzes, über die wir nun abstimmen, stehen zudem auch wichtige wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen auf dem Spiel. Das sind etwa Ansprüche aus der Erwerbsausfallentschädigung (EO) und die Unterstützung von Selbstständigerwerbenden oder auch die wirtschaftliche Unterstützung von besonders betroffenen Kulturschaffenden, Veranstaltern oder die viel diskutierten Härtefallhilfen für Unternehmen. Wer diese Revision des Covid-Gesetzes ablehnt, muss sich auf jeden Fall auch bei anderer Gelegenheit nicht mehr als «Retter» dieser hart getroffenen Betriebe aufspielen.

Aus all diesen Gründen stimme ich am 28. November Ja zum Covid-Gesetz. Zertifikat und weiteres Instrumentarium helfen, auf einem sicheren Weg aus der Pandemie so schnell wie möglich Freiräume zurückzugewinnen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen

Betrag und Spende bestätigen





Berechtigtes Anliegen – falscher Weg

Nein zur Pflegeinitiative

Die Pflegeinitiative geht zu weit, schafft einen unschönen Präzedenzfall und führt zu höheren Gesundheitskosten. Sie ist deshalb abzulehnen. Das Parlament hat jedoch den Handlungsbedarf erkannt und ist mit einem eigenen Gegenvorschlag tätig geworden. Wenn die Initiative abgelehnt wird, tritt dieser sofort und automatisch in Kraft. Er ist der bessere und schnellere Weg zur Stärkung der Pflege.

Die Bevölkerung wird älter, der Pflegebedarf steigt, gleichzeitig gehen in den nächsten Jahren die Babyboomer in Pension und es werden vermehrt Fachkräfte fehlen. Dies alles wird den bereits bestehenden Mangel an Pflegepersonal noch verstärken. Handlungsbedarf ist unbestritten. Die gewerkschaftliche Pflegeinitiative ist jedoch der falsche Weg, um eine schnelle und nachhaltige Verbesserung in der Pflege zu erzielen.

Keine Sonderstellung für eine Berufsgruppe

Die Pflegeinitiative will insbesondere Arbeitsbedingungen und Löhne für den Pflegeberuf in der Verfassung festhalten. Dies ist sowohl formell als auch inhaltlich falsch: Denn weder ist die Verfassung dafür der richtige Ort, noch ist es Aufgabe des Bundes, die Löhne einzelner Branchen zu regeln. Vielmehr sind es die Sozialpartner, die in unserem bewährten System miteinander Arbeitsbedingungen und Löhne aushandeln. Eine Übersteuerung mit zentralistischer Regelung durch den Bund wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Ähnlich lautende Forderungen von anderen Berufsgruppen würden

nicht lange auf sich warten lassen.

Ebenfalls nicht opportun ist es, dass auf Bundesebene definiert wird, was eine «genügende Anzahl Pflegefachpersonen» ist, wie dies die Initiative verlangt. Wer kann wissen, wie sich diese Zahl über die Zeit verändert und in welchen Bereichen welcher Bedarf besteht? Im Gesundheitswesen ist im Moment vieles in Bewegung – richtigerweise. Stichwort ist «ambulant vor stationär», die Umsetzung von Behandlungskonzepten, die einen Spitalaufenthalt nicht mehr nötig machen. Es wird somit pflegerische Unterstützung vermehrt nicht mehr in den Spitälern, sondern allenfalls in der Spitex brauchen. Da macht es keinen Sinn, wenn man auf Bundesebene sogenannte «Nurse-to-Patient-Ratios» für Bereiche definiert, wo sie nicht mehr zur Anwendung kommen.

Noch höhere Krankenkassenprämien?

Initiative und indirekter Gegenvorschlag sehen vor, dass Pflegefachpersonen künftig Leistungen selbstständig, das heisst ohne ärztliche Anordnung, er-

bringen und direkt mit der Krankenversicherung abrechnen können. Diese Kompetenzerweiterung ist sinnvoll, weil sie den Beruf aufwertet und damit attraktiver macht. Allerdings bedeuten mehr Leistungen auch höhere Kosten und damit höhere Krankenkassenprämien. Hier sieht der indirekte Gegenvorschlag einen Kontrollmechanismus vor, der ein übermässiges Kostenwachstum verhindert – die Initiative hingegen nicht. Auch um ein unkontrolliertes Kostenwachstum zu verhindern, ist deshalb die Pflegeinitiative abzulehnen.

Indirekter Gegenvorschlag als bessere Lösung

Wer die Pflegeinitiative ablehnt, sagt aber nicht Nein zum berechtigten Anliegen. Ganz im Gegenteil: Er sagt Ja zum Gegenvorschlag, den das Parlament beschlossen hat und der den Initianten sehr weit entgegenkommt. Er ist vor allem aber unmittelbar anwendbar und bringt genau dort eine Lösung, wo diese dringend ist, nämlich bei der Ausbildung von diplomierten Pflegefachpersonen. Konkret wurden Mittel in der Höhe von einer Milliarde Franken für die nächsten acht Jahre beschlossen, um Ausbildungsplätze zu schaffen und Unterstützung für Studentinnen und Studenten zu leisten. Das sind Anreize, die effektiv etwas bewirken können. Richtigerweise bleibt aber die Verantwortung für die Umsetzung dieser Ausbildungs-offensive bei den Kantonen; sie sind zuständig für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Der indirekte Gegenvorschlag – indirekt, weil er eine Lösung in einem Gesetz vorsieht und nicht in der Verfassung wie die Initiative das verlangt – tritt bei Ablehnung der Initiative sofort in Kraft. Bei einer Annahme der Initiative müsste hingegen vom Parlament ein Umsetzungsgesetz erarbeitet werden. Das dauert mehrere Jahre. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen ein Nein zur Pflegeinitiative. Dies macht den Weg frei für den besseren, schnelleren indirekten Gegenvorschlag.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Bundesrätin Karin Keller-Sutter referierte in Biel zur Justiz-Initiative.
Foto: Désirée Dittes



Keine Lotterie beim Bundesgericht

Nein zur Justiz-Initiative

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Nein zur Justizinitiative ein. Für sie ist klar, dass die richterliche Unabhängigkeit in der Schweiz gewährleistet ist.

Am 28. November stimmen wir über die Justizinitiative ab. Ist die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz mit dem aktuellen System gefährdet? Im Gegenteil, das jetzige System funktioniert gut. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist von der Bundesverfassung geschützt. Es gibt keine Hinweise, dass die Richterinnen und Richter nicht unabhängig urteilen würden. Dafür spricht auch das grosse Vertrauen, das die Bevölkerung den Gerichten entgegenbringt. In der jährlich publizierte Studie der ETH Zürich und des Center for Security Studies sowie beim Sorgenbarometer liegen die Gerichte jeweils auf den vordersten Rängen. Das Vertrauen wäre nicht so gross, wenn die Richterinnen und Richter als blosse Parteilosoldaten wahrgenommen würden.

Sind Bundesrichterinnen und Bundesrichter in der Schweiz zu stark von den Parteien abhängig? Bundesrichter und Bundesrichterinnen sind nur dem Recht verpflichtet. Das Vertrauen der Bevölkerung und die hohe Akzeptanz der Urteile belegen, dass das nicht nur Theorie ist. Auch das Parlament hat eine hohe Sensibilität für Druckversuche durch die Parteien: Als die SVP ihren Bundesrichter Yves Donzallaz letztes Jahr zur Abwahl empfahl, erzielte er bei seiner Wiederwahl das bessere Resultat als bei seiner ersten Wahl. Dass Richterinnen und Richter Mitglied einer Partei sein müssen, ist im Übrigen nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es ist

eine Tradition, die daher rührt, dass man möglichst alle Werthaltungen, Weltanschauungen und politischen Strömungen in der Bevölkerung auch an den Gerichten abbilden will. Die Gerichtskommission hat signalisiert, dass sie auch Kandidaturen von Parteilosen prüfen will.

Was würde eine Annahme der Justizinitiative für die Schweiz bedeuten? Bundesrichterinnen und Bundesrichter würden künftig nicht mehr in einem transparenten und demokratischen Verfahren durch die Bundesversammlung gewählt, sondern durch das Los bestimmt. Ihre Wahl würde damit dem Zufall überlassen. Vorab würden die Kandidierenden von einer Expertenkommission auf ihre fachliche und persönliche Eignung hin überprüft. Diese Expertenkommission wiederum würde durch den Bundesrat bestimmt. Das bedeutet eine Machtverschiebung weg vom Parlament hin zum Bundesrat und einem Expertengremium.

Wieso ist aus Ihrer Sicht die Bundesversammlung das richtige Wahlgremium? Die Wahl durch die Bundesversammlung führt zu einem demokratisch legitimierten Resultat und zu einer transparenten und repräsentativen Zusammensetzung des höchsten Gerichts. Mit dem aktuellen Wahlsystem ist es auch möglich, Kriterien wie Geschlecht, Sprache und regionale Herkunft zu berücksichtigen. Die

Justizinitiative schreibt lediglich die ausgewogene Vertretung der Amtssprachen vor. Zudem besteht mit dem Losverfahren das Risiko, dass gewisse Parteien, Werthaltungen, Landesteile oder ein Geschlecht am Bundesgericht über längere Zeit stark über- oder untervertreten sind.

Unabhängig von der Justizinitiative: Gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter noch stärker sicherzustellen? Der Bundesrat hat immer gesagt, dass man über gewisse Reformen diskutieren kann. Man darf aber nicht vergessen, dass alle Ansätze in den letzten Jahren politisch chancenlos waren. Aber die Diskussion im Parlament ist im Gang, zum Beispiel über die Zulassung von Parteilosen oder über die Abschaffung der Abgabe an die Parteien, die Nationalrat Beat Walti angeregt hat.

Die Initianten propagieren das Losverfahren. Wenn es nicht um Justizposten geht: Mögen Sie Lotterziehungen oder Tombolas? Ich spiele nicht. Bei Tombolas mache ich jeweils dann mit, wenn es um einen karitativen Zweck geht.

Interview: Mario Epp

Daran krankt die Justizinitiative

Das Hauptanliegen der Initiative ist zugleich ihre grösste Schwäche: Statt einer demokratischen Wahl durch die Bundesversammlung würde eine obskure Fachkommission über die Zulassung der Kandidaten zu einem Losverfahren entscheiden. Es würde also in einer Lotterie über die Besetzung des obersten Gerichts im Lande entschieden. Die Wahl der Bundesrichter durch die Bundesversammlung – also indirekt durch die Bevölkerung – verleiht ihnen eine starke demokratische Legitimation. Tatsächlichen Korrekturbedarf kann man höchstens bei den Mandatsabgaben ausmachen. Diese können den Anschein der Abhängigkeit der Richter von den Parteien erwecken. Hier setzt eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Beat Walti an, die in der Wintersession behandelt wird.

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



Matteo Paolucci führt Suisse Frame seit drei Jahren. Foto: Maxime Jobin



Sie sorgen für den Durchblick

Suisse Frame produziert Schiebetüren

CEO Matteo Paolucci stellt mit zehn Mitarbeitern in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Metall her. Das Unternehmen setzt auf einen hohen Automatisierungsgrad, hohe Kundenorientierung und die «Kraft der Leventina».

In der Leventina wird einem nichts geschenkt. Das Tal mit seinen steilen, bewaldeten Bergen ist in erster Linie Transitachse für den Eisenbahn- und Autoverkehr, der von Norden nach Süden und umgekehrt rollt. Im Winter, wenn es in der Leventina bitterkalt wird, ist es einzig der HC Ambrì-Piotta, der mit Siegen die Herzen der Bevölkerung erwärmt. In dieser herausfordernden Umgebung führt Matteo Paolucci seit drei Jahren Suisse Frame als CEO. Das Unternehmen produziert in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Aluminium. In der 3500 m² grossen Produktionshalle riecht es nach frisch geschnittenem Holz und die CNC-Maschine verrichtet geräuschvoll ihre Arbeit.

Holzpreis als Herausforderung

Paolucci führt das Unternehmen mit gerade einmal zehn Mitarbeitenden, was den hohen Automatisierungsgrad von Suisse Frame verdeutlicht. «Dank unserer einfachen Prozesse ist der Weg vom Auftragseingang bis zum fertigen Produkt kurz», sagt der 33-jährige CEO. Suisse Frame wurde vor fünf Jahren von einer Investorengruppe gegründet. Im ersten Jahr wurden 170 Schiebee-

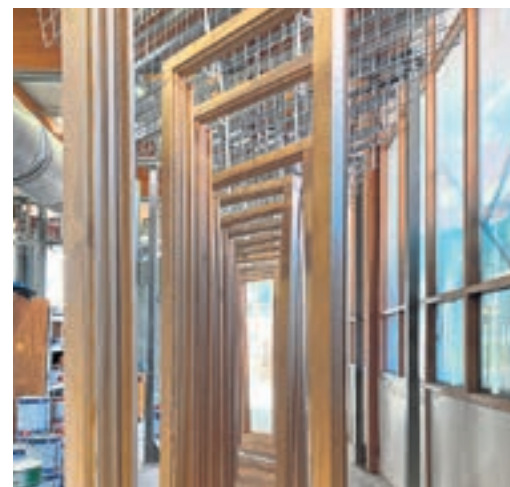
mente hergestellt, dieses Jahr dürften es knapp 1000 werden. Obwohl die Auftragslage im Jahr 2021 bisher sehr gut war, hatte Suisse Frame mit Herausforderungen zu kämpfen, namentlich dem stark gestiegenen Holzpreis. «Im Frühling kostete ein Lkw mit Holz noch 50000 Franken, mittlerweile sind es 80000 Franken», erzählt Paolucci. Dazu kämen weitere Preissteigerungen von Lieferanten. Ihm bleibe nichts anderes übrig, als diese Zusatzkosten seinen Kunden weiterzugeben. Diese sind in erster Linie Schreinereien, Baufirmen und Generalunternehmer aus der ganzen Schweiz. Rund 90% des Umsatzes erwirtschaftet Paolucci im Inland, mittelfristig möchte er den Exportanteil aber erhöhen. Insbesondere für Spezialanfertigungen sieht er grosses Potenzial für Suisse Frame.

Vom Polymechaniker zum Firmenchef

Paolucci absolvierte ursprünglich eine Ausbildung als Polymechaniker und arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben, daneben bildete er sich stetig weiter. Dass er zu Suisse Frame stiess und mittlerweile als CEO amtiert, bezeichnet Paolucci als Verkettung glücklicher Zufälle. Mittlerweile ist die



In der Produktion ist wenig Personal nötig.
Fotos: Marco Wölfli



Die Flügel sind bereit für die Lackierung.

Arbeit bei Suisse Frame für ihn mehr als nur ein Job: «Ich freue mich jeden Tag auf die Arbeit. Alle Beteiligten haben eine Vision, die wir gemeinsam verwirklichen wollen.» Die Konkurrenten von Suisse Frame sind hauptsächlich grosse Fensterbauer, das Tessiner Unternehmen hebt sich von ihnen ab, indem es als schweizweit Einziges sich nur auf Schiebetüren fokussiert. Die grosse Stärke von Suisse Frame, den hohen Automatisierungsgrad, möchte Paolucci noch weiter ausbauen, eine Option sei eine automatische Lackiermaschine.

Schon weiter fortgeschritten sind die Pläne zur Datenerfassung. Paolucci und sein Team implementieren derzeit eine Software, die es den Kunden ermöglicht, die Masse ihres gewünschten Schiebeelementes selbst einzutragen und gleich eine Offerte oder sogar eine Auftragsbestätigung zu erhalten. «Damit vereinfachen wir die Administration und die Kunden erhalten eine direkte Rückmeldung», erklärt Paolucci. Dank stetiger Weiterentwicklung behauptet sich das junge Unternehmen mit dem jungen Chef auf dem Markt und will seinen Wachstumskurs fortsetzen. Übrigens sieht Paolucci Piotta keineswegs als Standortnachteil: «Hier haben wir eine günstige Lage für den Transport in die ganze Schweiz und die frische Bergluft fördert die Konzentration.»

Marco Wölfli

Für Paare, die nicht heiraten wollen, soll es eine «Ehe light» geben.



Alternative zur Ehe

Ein freiheitliches und zeitgemässes Anliegen

Am 26. September 2021 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Abstimmungsvorlage «Ehe für alle» angenommen. Ein längst überfälliger Schritt, für den auch die FDP eingestanden ist. Das eigentliche Ziel, nämlich die Erreichung der Gleichstellung zwischen allen Geschlechtern und die Beseitigung aller Diskriminierung bei der Gestaltung der Lebensgemeinschaft, ist damit aber noch lange nicht erreicht. Aus liberaler Sicht sind flexiblere und freiheitlichere Modelle neben der traditionellen Ehe nötig.

In der Schweiz gibt es neben der Ehe (und bis zur Inkraftsetzung der «Ehe für alle» noch die eingetragene Partnerschaft) kein weiteres Modell einer Lebensgemeinschaft für Paare, das rechtlich institutionalisiert ist. Leben zwei Personen in einem Konkubinat, ist die Beziehung rechtlich kaum abgesichert: Das Regeln der Erbeinsetzung, Altersvorsorge, Pensionskasse, Elternschaft und vieles mehr muss einen zeit- und kostenaufwendigen bürokratischen Prozess durchlaufen. So hat etwa eine langjährige Lebenspartnerin ohne Patientenverfügung nicht das Recht, ihren verunfallten Lebenspartner auf der Intensivstation zu besuchen. Auch

fallen im Konkubinat in den meisten Kantonen erhebliche Schenkungs- und Erbschaftssteuern an. Viele Paare wünschen sich zwar Sicherheit und damit eine Lebensgemeinschaft in einem gewissen formalisierten Rahmen. Gleichzeitig möchten sie sich aber oft nicht dem zivilrechtlichen Institut der Ehe mit all ihren Rechtsfolgen unterwerfen. Ständerat Andrea Caroni hat die Thematik bereits 2015 durch ein Postulat auf die politische Agenda gesetzt (Postulat Nr. 15.3431).

Gerade aus liberaler Sicht ist es zentral, allen Menschen den grösstmöglichen Entfaltungsspiel-



Laura Bircher setzt sich für freiheitliche Lebensmodelle ein.

raum in die Hände zu geben. Das muss auch für die Gestaltung des persönlichen Modells der Lebensgemeinschaft gelten. Die Ehe ist vielen Menschen zu verbindlich, zu einengend oder wird aus finanziellen Gründen abgelehnt, weshalb eine Alternative zur Ehe nötig ist.

Vorbild in Frankreich

Ein Beispiel eines alternativen Modells einer Lebensgemeinschaft finden wir in Frankreich mit dem bereits im Jahr 1999 eingeführten Solidaritätspakt «Pacs». Was ursprünglich als Alternative zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt wurde, erfreut sich mittlerweile mehrheitlich bei heterosexuellen Paaren an Beliebtheit. Das Verfahren ist einfach und schlank. Eine schriftliche Erklärung bei einem Amtsgericht oder Rathaus reicht für den Abschluss und die Auflösung des Solidaritätspaktes aus. Es gibt keine gesetzlich vorgeschriebene mehrjährige Trennungsphase, keine teure Scheidungsverhandlung und kein nahehehlicher Unterhalt. Dafür ein Versprechen der gegenseitigen Solidarität, ein schnelles und unkompliziertes Verfahren und gleichwohl Vorteile bei Erb- und Steuerangelegenheiten wie bei der Ehe. Auch betreffend Besuchs- und Informationsrechte im Krankenhaus sind «Verpacste» den Ehegatten gleichgestellt. Der «Pacs» lässt aber auch Raum für individuelle Gestaltungen, wie beispielsweise bei der Frage des Güterstandes.

Passendes Modell für jedes Paar

Ein solches Modell würde einen zeitgemässen Mittelweg darstellen. Die in den letzten Jahrzehnten durch den gesellschaftlichen Wandel gewachsene Kluft zwischen den Lebensformen und dem Familienrecht wurde mit der «Ehe für alle» etwas entschärft – bleibt aber bestehen. Es ist ein freiheitlicher Gedanke, dass sich Paare ihr Modell der Lebensgemeinschaft frei aussuchen können. Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut.

Laura Bircher

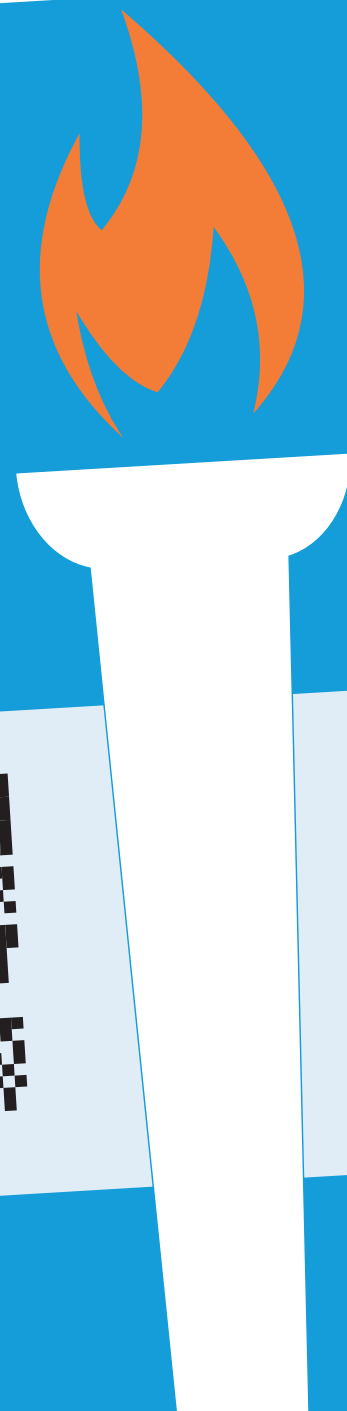
Mentee im Mentoring-Programm, Mitglied des Grossen Gemeinderats Muri b. Bern, Vizepräsidentin FDP Mittelland Nord

**Ein Wahlsieg im 2023
fällt uns nicht
in den Schoss!**

Entfachen wir
das **liberale Feuer.**



Scann mich!



#teamFDP

FDP
Die Liberalen

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

Revision des Covid-19-Gesetzes



NEIN

Justizinitiative



NEIN

Pflegeinitiative

AGENDA

12. Februar 2022

Delegiertenversammlung

25. Juni 2022

Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022

Delegiertenversammlung

Fraktionsausflug

Fraktionsausflug in den Aargau



Die Nationalräte Beat Walti, Daniela Schneeberger und Petra Gössi im PSI. Foto: Désirée Dittes

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie zahlreiche Gäste in den Heimatkanton des neuen Parteipräsidenten Thierry Burkart. Die rund 130 Personen besuchten zuerst das Paul-Scherrer-Institut in Villigen, wo sie sich über die dortige Spitzenforschung informierten. Danach begab sich die Gruppe auf Schloss Lenzburg, wo in historischer Ambiance Apéro und Nachtessen stattfanden.

FDP-Sternwanderung

«L'Elisir del Vitta» erobert Thun

Die FDP-Sternwanderung Ende August in Thun bot den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch die Gelegenheit, einen Schluck Tessin zu degustieren. Eine Delegation der FDP Tessin offerierte den anwesenden Freisinnigen einen Grappa namens «L'Elisir del Vitta». Dieser Grappa ist dem Tessiner FDP-Staatsrat Christian Vitta gewidmet, dessen grosse Anstrengungen an der «Front» der Covid-19-Pandemie sehr geschätzt werden. Wer den Grappa aus Tessiner Merlot-Trauben auch versuchen möchte, kann seine Flasche unter info@plrt.ch oder mit dem QR-Code bestellen. Eine Flasche kostet 30 Franken, exkl. Versandkosten.



Von links: Andrea Nava, Sekretär FDP Tessin, Fanny Noghero, Generalsekretärin FDP Schweiz, Petra Gössi, Nationalrätin, Zaira Lazzari, Vorstand FDP Frauen Tessin, Laura Codiroli, Mitarbeiterin FDP Tessin, und Massimo Schira, Kommunikationschef FDP Tessin

Hier können Sie Ihren Grappa bestellen.

A benefico!



Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



AM 28. NOVEMBER **JA**
ZUM COVID
GESETZ

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



FDP
Die Liberalen
